



## Antrag

der Abgeordneten **Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter SPD**

### **Die Ressource Boden gehört allen V – Interkommunale Planungen erleichtern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu prüfen, wie die Kommunen und Landkreise dabei unterstützt werden können, gemeinsame Wohnungsbaugesellschaften (verschiedener Gemeinden oder auf Ebene der Landkreise) zu gründen oder bestehende zu erweitern.

#### **Begründung:**

Das Gemeingut Boden endet nicht an den kommunalen Grenzen. Vielmehr ist zu einer nachhaltigen und effektiven Planung auch interkommunale Zusammenarbeit bei der Schaffung von Wohnraum gefordert. Dazu müssen die rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten für gemeinsame Wohnungsbaugesellschaften geschaffen werden.

Flächen sind vor allem in den Kernstädten knapp. Alleine können sie den Wachstumsdruck nicht bewältigen. Städte sind auf die Unterstützung durch ihr Umland angewiesen. Umgekehrt können umliegende Städte und Gemeinden auch von den Stärken der Kernstadt profitieren. Im Idealfall ergibt sich aus einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit eine für alle Seiten gewinnbringende Symbiose.

Landkreise haben zwar keine originäre Zuständigkeit im Bereich der Wohnraumversorgung und -förderung, können aber nach Art. 52 Abs. 1 Landkreisordnung (LKrO) die Gemeinden dabei unterstützen, wenn und solange diese das Leistungsvermögen der beteiligten Gemeinden übersteigt.

Die Allgemeinwohlorientierung von Bodeneigentum ist vom Grundgesetz und von der Verfassung des Freistaates Bayern vorgegeben. Die Tatsache, dass Grund und Boden nicht vermehrbar und unersetzlich sind, macht Boden zum Schlüssel für eine nachhaltige und soziale Kommunalentwicklung.

Dass Grund und Boden in Bayern langfristig enorme Wertsteigerung erfahren haben, macht sie in vielen Fällen zum Ziel von Spekulation. Diese unterläuft den Allgemeinwohlansatz und trägt dazu bei, dass angemessener Wohnraum, der auch für Haushalte mit niedrigen (oder sogar mittleren) Einkommen bezahlbar ist, vielerorts mittlerweile Mangelware ist.

Eine vorausschauende kommunale Wohnungspolitik ist also Vermögensbildung im Dienst der Allgemeinheit. Gleichzeitig haben Kommunen die Möglichkeit, attraktive, lebenswerte Orte mit einer ausreichenden öffentlichen Infrastruktur zu erhalten und auszubauen.